

Freiheit für die Kriegsgefangenen!

Über 100 000 noch nicht heimgekehrt — Gedenkwoche in Westdeutschland und Berlin

Berlin (Eigenbericht). Über 100 000 deutsche Kriegsgefangene werden heute noch in der Sowjetunion zurückgehalten. Nur 16 000 von ihnen durften bisher Nachricht geben. Ihrem Gedenken ist die „Kriegsgefangenen-Gedenkwoche“ gewidmet, die jetzt im Bundesgebiet und in Westberlin feierlich begangen wird. Auf Kundgebungen in ganz Deutschland wird gefordert: Gebt die Kriegsgefangenen frei! Zur gleichen Zeit empört sich die SED-Presse darüber, daß einige hundert Heimkehrer, die in den letzten Wochen aus der Sowjetunion in die Zone kamen, von der Bevölkerung jubelnd begrüßt worden sind ...

Der Suchdienst des Roten Kreuzes hat jetzt zum erstenmal verbürgte Zahlen über die noch in Gefangenschaft lebenden und die vermißten deutschen Soldaten bekanntgegeben. Danach wären am 30. Juni dieses Jahres noch 1 272 896 deutsche Soldaten als vermißt gemeldet, davon 92,8 Prozent im Osten. Man nimmt an, daß davon etwa 330 000 lebend in russische Gefangenschaft geraten sind. Wie viele von ihnen heute noch am Leben sind, kann niemand sagen.

Von weiteren 117 529 noch nicht heimgekehrten Soldaten steht einwandfrei fest, daß sie in Gefangenschaft gelitten, davon 103 000 allein in der Sowjetunion. Nur 16 000 dieser deutschen Kriegsgefangenen in Rußland haben bisher Briefe in die Heimat geschrieben. Von ihnen sind in den letzten Wochen 5371 nach Deutschland entlassen worden.

Mit dem Heulen von Fabriken und Schiffs-Sirenen und einer Verkehrsstille hat die Kriegsgefangenen-Gedenkwoche überall begonnen. Die Flaggen wehen auf halbmast. In einer Feierstunde in Bonn sagte Vizekanzler Blücher, Regierung und Volk müßten alle Anstrengungen vereinen, um auch dem letzten Gefangenen im kommenden Jahr die Freiheit wiederzugeben. Einen Appell, sich mit aller Kraft für die

Freilassung der noch festgehaltenen Kriegsgefangenen einzusetzen, richteten der bayerische Ministerpräsident Ehard und der Berliner Bürgermeister Dr. Schreiber an das Gewissen der Welt.

Am Bodensee startete eine Stafette, die mit tausend jugendlichen Staffelläufern das Feuer einer dort entzündeten Fackel durch die Bundesrepublik zum Ehrenmal der deutschen Kriegsgefangenen auf der Burgruine Greene in Niedersachsen trägt. Mit einer Grubenlampe wurde das Feuer auf dem Luftwege auch nach Berlin gebracht. Die Flamme brennt die ganze Woche über auf dem Ernst-Reuter-Platz. Überall in Deutschland werden Mahnmale für die Kriegsgefangenen eingeweiht.

Bekanntnis zur deutschen Einheit

Regierungserklärung des Bundeskanzlers

Bonn (Eigenmeldung). Das zweite Kabinett der Bundesrepublik Deutschland ist im Amt. In der dritten Sitzung des Bundestages wurde es feierlich vereidigt. Zugleich verkündete Bundeskanzler Dr. Adenauer die Ziele seiner Regierung für die nächsten vier Jahre.

Als das hervorragendste Ziel der deutschen Politik bezeichnete Dr. Adenauer die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Unter Ablehnung jeglicher Gewalt gelte es, die deutsche Unabhängigkeit wiederherzustellen und den Zusammenschluß des neuen Europa unter Einbeziehung Deutschlands zu erreichen.

Der Kanzler betonte mit Nachdruck, daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen werde: „Die mit der Oder-Neiße-Linie zusammenhängenden Probleme sollen nicht mit Gewalt, sondern ausschließlich auf friedlichem Wege gelöst werden“, erklärte er. „Die Bundesregierung wird alles in ihrer Kraft Stehende tun, um eine Viererkonferenz zustande

zu bringen.“ Wenn die Sowjetunion wirklich den Frieden wolle, könnten ihr auf der Grundlage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft Sicherheitsgarantien geboten werden. Die EVG diene ausschließlich friedlichen Zwecken.

Die materielle Hilfe für die Menschen in der Sowjetzone bleibe eine vordringliche Aufgabe, betonte der Bundeskanzler weiter. Der 17. Juni habe überzeugend bewiesen, daß der Freiheitsbegriff der Zone mit dem unsrigen und nicht mit dem der dortigen Machthaber identisch sei. „Die Bundesregierung wird alles tun, um über die Kirchen und karitativen Organisationen die private Hilfe an die Bewohner der sowjetischen Besatzungszone mit Nahrung und Kleidung zu unterstützen.“

Das Recht des Kriegsgefangenen

WG. Wer selbst einmal als Soldat in der Zwangslage war, vor blitzenden Bajonetten die Hände „hoch zu nehmen“, der wird weder diese Stunde vergessen noch aufhören zu fordern, daß dem Kriegsgefangenen von der ganzen zivilisierten Welt der unantastbare Schutz einer moralischen und völkerrechtlichen Ordnung gegeben wird. Wenn in Deutschland jetzt, das heißt also mehr als acht Jahre nach der faktischen Beendigung des Krieges, eine Gedenkwoche für die Kriegsgefangenen stattfindet, so ist das nicht nur eine Äußerung menschlicher Teilnahme an einem unmenschlich gewordenen Schicksal, sondern auch ein Ruf an die Welt, auf einem Wege haltzumachen, der uns in die Eiszeit einer längst versunkenen Barbarei zurückgeführt hat.

Wie war es früher?

In der Tat, der zweite Weltkrieg blieb teilweise nicht weit zurück hinter der Praxis des Altertums, die den Krieg nur als die gesetzbare Anwendung jeglicher Gewalt gegen das feindliche Heer und Volk kannte. Kriegsgefangene wurden entweder getötet oder in die Sklaverei übergeführt. Erst viele Jahrhunderte später kam man zu der Einsicht, daß auch der Krieg, gerade weil er chaotische Unordnung ist, eines menschlich ordnenden Gesetzes bedarf. Der Kriegsgefangene war nun ein Mensch, der ein verbürgtes Recht auf Leben und Rückkehr in die Freiheit hatte. Dieses Recht war schließlich auch in internationalen Verträgen anerkannt und gesichert. Solche Verträge wurden noch im ersten Weltkriege im allgemeinen respektiert.

Unmenschlichkeit der „Ismen“

Nur zwanzig Jahre später hat der zweite Weltkrieg gegenüber diesem Zustand einen erschreckenden Rückschritt gebracht, der nahezu alles ver-

gessen ließ, was vorher völkerrechtlich geordnet worden war. Das war bereits eine Leistung des Bolschewismus, bevor es später die berüchtigten Befehle Hitlers und die schändliche Praxis Himmlers gab. Seit Jahrhunderten waren keine wüsteren Kriege und Bürgerkriege geführt worden als die, mit denen sich der Bolschewismus in den Jahren nach der Oktoberrevolution gegen äußere Intervention und inneren Aufstand zu behaupten suchte. Hier wurde, außerhalb der Kampfhandlungen, wieder das kalte, überlegte Töten geübt, das dann in Katyn seine Fortsetzung fand. Mehr als äußere Machtverschiebung hat diese totalitäre „Moral“, in der Hitler und Stalin einig waren, das Bild der Welt verändert. Was uns nämlich so tief in eine überwundene Vergangenheit wieder absinken ließ, das war jene Unmenschlichkeit, die dann zum Ausbruch gelangt, wenn nicht mehr Menschen gegen Menschen, sondern „Ismen“ gegen „Ismen“ im Kampf stehen — Nationalsozialismus gegen Bolschewismus, Haß gegen Haß. Wir gedenken heute aller derer unter uns, die erst als späte Heimkehrer das Glück hatten, diesem Haß zu entinnen; wir fordern von allen die Rückkehr aller, die noch zurückbehalten werden; und wir vergessen in ernster Trauer auch nicht die vielen, die das Opfer einer unmenschlichen Gefangenschaft geworden sind.

Makel der Siegerjustiz

Wir erheben aber auch die Forderung, alle nur denkbaren Maßnahmen zu treffen, daß sich das nicht wiederholt, was der zweite Weltkrieg an individueller und kollektiver Unmenschlichkeit hervorgebracht hat. Alle auf die Kriegführung bezogenen internationalen Gesetze, an denen es bekanntlich nicht fehlte, haben leider den Nachteil, daß ihre Beachtung nicht erzwungen werden kann. Hinter ihnen steht bisher keine internationale Macht, die ihnen Geltung verschaffen könnte. Der Sieg jedenfalls ist keine moralische und keine rechtliche Instanz, die dieses Problem richtend lösen könnte. Daran kränken auch die Kriegsverbrecher-

prozesse, die von den Siegermächten durchgeführt worden sind. Sie sind mit dem Makel behaftet, daß unter den Richtern auch eine Macht saß, die kein „Verbrechen gegen den Frieden“ — zum Beispiel Angriff auf Finnland und Polen —, kein „Kriegsverbrechen“ und kein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ nicht auch begangen hatte, die den deutschen Angeklagten zur Last gelegt worden sind.

So fragwürdig internationale Gesetze auch sein mögen —, wir brauchen sie, aber wir brauchen sie als eine rechtlich verpflichtende und strafrechtlich zu ahndende Norm mit Gültigkeit für alle Beteiligten. Ein Anfang hierzu ist mit den vier Genfer Konventionen vom 12. August 1949 gemacht. Sie bilden ein Gesetz, das mit der Feststellung von Rechten, Pflichten und strafbaren Handlungen bereits im Kriege für alle gilt und nicht erst nach dem Kriege nur von den Siegern angewendet wird.

Humanisierung des Friedens!

Die korrekte Durchführung solcher Kriegsgesetze wäre einfacher, wenn es in der Welt wenigstens im Frieden eine gemeinsame moralische Basis, eine übereinstimmende Anschauung von Recht und Menschlichkeit gäbe. Das ist leider nicht der Fall. Solange es in einem Teil der Welt mitten im Frieden Konzentrationslager gibt, solange die persönliche Freiheit und Würde des Menschen mißachtet werden und solange es sogar eine justitiäre Form der Verschleppung und Tötung von Menschen gibt, weil sie politische Gegner eines totalitären Regimes sind, — solange wird man von humanen Konventionen und völkerrechtlichen Gesetzen keinen sicheren Schutz gegen einen neuen Ausbruch der Unmenschlichkeit auch im Kriege erwarten dürfen. Die Welt ruft deshalb heute vor allem nach einer Friedensordnung aus dem Recht und dem freien Willen der Völker, nach einer gemeinsamen Moral, die bereits im Frieden alle bindet und verbindet.

Denkschrift über Juni-Aufstand

Berlin (AP). Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hat eine Denkschrift über den Volksaufstand am 17. Juni veröffentlicht, die die kommunistische Behauptung widerlegt, wonach der Juni-Aufstand ein „Putschversuch faschistischer Agenten und Kriegsverbrecher“ gewesen sei. Bundesminister Kaiser erklärt im Vorwort, die sowjetzonalen Machthaber versuchten mit allen Mitteln, die Ereignisse des 17. Juni zu verfälschen, „weil sie wissen, daß dieser Tag für ganz Deutschland und für die ganze freie Welt zu einem Fanal für die Befreiung von der Knechtschaft gewesen ist“.

Ausbildung für Flüchtlinge

Berlin (DPA). Der Sozialausschuß der Evangelischen Jugend Deutschlands will die aus der Sowjetzone geflüchteten höheren Schüler, die ihre Schulausbildung im Westen noch nicht wieder aufnehmen konnten, in höhere Lehranstalten vermitteln.

Osteuropa-Haus

Bonn (AP). Der Grundstein für ein Osteuropa-Haus wird noch in diesem Monat in Bonn gelegt. Das Haus soll etwa 100 Exilstudenten aufnehmen.

Ferien für Freiheitskämpfer

Berlin (Eigenmeldung). 100 Teilnehmer und Angehörige von Opfern des Juni-Volksaufstandes hat der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier (CDU), zu einem kostenlosen 20tägigen Kuraufenthalt in Staatsbädern von Rheinland-Pfalz eingeladen.

Hubschrauberverkehr

Köln (DPA). Der erste internationale planmäßige Hubschrauberluftverkehr von Stadt zu Stadt wurde auf der Strecke Brüssel—Bonn von der belgischen Luftverkehrs-Gesellschaft „Sabena“ aufgenommen. Ein Hubschrauber, der sieben Passagiere mitnehmen kann, fliegt täglich von Brüssel über Lüttich, Maastrich und Köln nach Bonn und zurück.

Pankow schafft es nicht

Die großsprecherischen Forderungen Pankows nach einer Ausweitung des Interzonenhandels — erst kürzlich hatte Grotewohl davon geredet, als die Bundesrepublik Lebensmittellieferungen für die Zone anbot — werden eindeutig durch die bisherigen Umsätze im Interzonenhandel widerlegt. Daraus geht einwandfrei hervor, daß Pankow selbst die in dem bisherigen Vertrag vorgesehenen Lieferungen nicht aufbringen kann.

Die bis Ende dieses Jahres im Abkommen vorgesehenen Umsätze, von je 418 Mill. Verrechnungseinheiten (VE) werden, wie erwartet, nicht erreicht. An Hand der Bezüge und Lieferungen bis Ende September sowie der abgeschlossenen, bis zum Jahresende voraussichtlich abgewickelten Kontrakte läßt sich vielleicht ein Umsatz von 215 Mill. auf beiden Seiten voraussagen. Der enge Querschnitt, nach dem sich der Warenaustausch bestimmt, ist nach wie vor die in Sortiment, Qualität und Preis beschränkte Liefer- bzw. Wettbewerbsfähigkeit der Sowjetzone, während von der Bundes-

republik mit Ausnahme strategischer Güter heute praktisch „alles“ geliefert werden könnte.

Die Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Abkommens sind bei den verschiedenen Warengruppen verschieden groß. Am besten hat es bei dem Austausch von Massengütern und Rohstoffen geklappt. Hier dürften von dem insgesamt vereinbarten Betrag von je 157 Mill. VE 75 bis 78 Prozent realisiert werden.

Von den insgesamt 1,8 Mill. t Braunkohlen, die nach Westdeutschland und Berlin geliefert werden sollten, wurde etwa gut die Hälfte geliefert. Nur wenn bis Jahresende noch je 10 000 t täglich geliefert würden, was wegen Transportschwierigkeiten kaum möglich sein wird, könnte das ganze „Soll“ noch erfüllt werden.

Der größte Umsatz von 230 Mill. VE auf beiden Seiten sollte jedoch in verschiedenen Verbrauchswaren, die nicht zu den knappen zu rechnen sind, stattfinden. Hier wird Pankow voraussichtlich bis Jahreschluß nur etwa für 90 Mill. VE zu liefern vermögen.

16 Millionen Beschäftigte

Noch kennzeichnender für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik als die sinkende Tendenz der Arbeitslosenzahlen ist die stetige Zunahme der Zahl der Beschäftigten. Soeben wird gemeldet, daß zum ersten Male in der Bundesrepublik am 30. 9. 1953 die 16-Millionen-Grenze der beschäftigten Arbeitnehmer um 46 000 überschritten war. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres waren 590 000 Personen mehr beschäftigt. Da gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen nur um 110 000 sank, ist daraus zu schließen, daß in einem Jahr 410 000 Personen neu auf dem Arbeitsmarkt erschienen sind. Teilweise war es der starke Geburtenjahrgang der Schulentlassenen dieses Jahres; jedoch haben, offenbar durch die gebotenen Arbeitsgelegenheiten veranlaßt, auch andere Personen, insbesondere auch Frauen, die bisher dem Arbeitsmarkt nicht

zur Verfügung standen, eine Beschäftigung angenommen.

Seit der Währungsreform 1948 ist die Zahl der Beschäftigten von 13,5 Millionen gestiegen auf 16 Millionen gestiegen; 2½ Millionen neue Arbeitsplätze sind in dieser Zeit neu besetzt worden. Die Zahl der männlichen Beschäftigten hat seit der Währungsreform von 9,6 auf 11 Millionen, d. h. um etwa 15 Prozent zugenommen, die der beschäftigten Frauen ist von 3,8 auf 5 Millionen, d. h. um 32 Prozent gestiegen.

Besonders erfreulich ist, daß in diesem Jahr das sommerliche Absinken der Produktion nicht so stark wie in früheren Jahren in Erscheinung trat, worauf die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung ausdrücklich hinweist. Dies läßt den Schluß zu, daß anhaltende Auftriebskräfte vorhanden sind, die eine optimistische Deutung der konjunkturellen wirtschaftlichen Entwicklung zulassen.

Mao Tse Tung bittet umsonst

Rote Kriegsgefangene wollen nicht zurückkehren

Panmunjon (AP/DPA). Zu schweren Tumulten ist es in der neutralen Zone von Korea gekommen, als die 22 300 nordkoreanischen und chinesischen Kriegsgefangenen, die nicht in ihre kommunistische Heimat zurückkehren wollen, entsprechend den Abmachungen noch einmal von kommunistischen Agenten „aufgeklärt“ und zur Heimkehr aufgefordert wurden. Teilweise weigerten sie sich, die „Aufklärer“ überhaupt anzuhören. Die Bitte „Väterchen Mao bittet dich, zurückzukehren“, beantworteten sie mit wilden Beschimpfungen.

Nur mit siebeneinhalbstündiger Verspätung und unter der Drohung mit Waffengewalt seitens der neutralen indischen Wachmannschaften konnte der erste Schub von 500 Mann durch das Befragungslager geschleust werden. Von diesen haben sich nur zehn zur Heimkehr überreden lassen. Jeder Gefangene wird einzeln befragt.

Die weitaus meisten der Gefangenen führten sich vor den kommunistischen Agenten so ungebärdig auf, daß mitunter indische Wachmannschaften dazwischengehen mußten. Sie schrien, sangen und verhöhnten die Kommunisten. Anfangs zwang die neutrale Reparationskommission jeden Gefangenen, den kommunistischen „Aufklärern“ fünf Minuten lang zuzuhören. Auf Protest der UN wurde die Frist später auf eine Minute abgekürzt.

Am zweiten Tag weigerten sich 1000 Nordkoreaner, ihr Lager zu

verlassen. Selbst die Androhung von Waffengewalt konnte die Nordkoreaner nicht veranlassen, ihre Weigerung aufzugeben.

Am dritten Tag schließlich versuchten zahlreiche Kriegsgefangene, die kommunistischen Offiziere tätlich anzugreifen. Andere preßten die Hände auf die

Ohren, um die „Erklärungen“ nicht hören zu müssen.

Als ein kommunistischer Offizier einen Kriegsgefangenen aufforderte, zu seiner Familie zu rückzukehren, schrie dieser: „Ihr habt meine Eltern getötet!“ In einem Fall versuchte ein chinesischer Kriegsgefangener siebzehnmals, die Befragung abzubrechen.

Das ganze Lager der nicht-heimkehrwilligen Kriegsgefangenen halte wider von Rufen wie „Nieder mit der Sowjetunion“ und „Wir wollen nach Formosa!“ Von den an diesem Tag befragten fünfhundert Chinesen erklärten sich nur neun zur Rückkehr in ihre Heimat bereit.

167 Kommunisten vor Gericht

Prozeß in der Türkei — Staatsstreich vorbereitet

Istanbul (AP/DPA). Ein Massenprozeß gegen türkische Kommunisten hat vor einem türkischen Kriegsgericht begonnen. Angeklagt sind 167 Männer und Frauen, denen vorgeworfen wird, die verbotene KP unterstützt und einen Staatsstreich in der Türkei vorbereitet zu haben.

Lauter Märchen

Wien (DPA). Als eine große Illusion, der nichts als Ernüchterung gefolgt sei, bezeichnete der österreichische Innenminister

Helmer in einer Rede die „sowjetische Friedensoffensive“.

Wie Helmer mitteilte, erlassen die sowjetischen Besatzungsbehörden in Österreich weiterhin Verordnungen, „als ob sie erst gestern als Befreier in unser Land einmarschiert wären“. Die Sowjets mischten sich auch weiterhin in rein österreichische Angelegenheiten ein, und Meldungen über eine Reduzierung der Besatzungsstreitkräfte seien Märchen. „Je mehr Friedensstauben zum Himmel aufsteigen und je mehr man über den Frieden reden hört, desto mißtrauischer werden wir“, sagte Helmer.

Neue Einladung an Moskau

London (AP/DPA). Die drei Westmächte haben in einer neuen Note an die Sowjetunion ihre Einladung zu einem Außenministertreffen mit der Sowjetunion in Lugano wiederholt. Die Konferenz soll am 9. November stattfinden, nachdem die Sowjetunion die Einladung zum 15. Oktober nach Lugano nicht beachtet hatte.

Auf der Konferenz sollen die Deutschland- und die Österreichfrage besprochen werden. „Eine Lösung der deutschen und österreichischen Fragen ist schon lange überfällig“, heißt es in der Note. Zuvor hatten die drei Westmächte erklärt, daß die Grundlage der Lösung des deutschen Problems und der erste Schritt zur Wiedervereinigung freie Wahlen sein müßten.

Eine sowjetische Antwort auf die Note wird nach Auffassung

westlicher Diplomaten frühestens in zwei Wochen eintreffen. In Kreisen des amerikanischen und des britischen Außenministeriums wird bezweifelt, daß die Sowjetunion die Einladung annehmen wird. Man hat nach wie vor den Eindruck, daß Moskau im Augenblick an Deutschland-Besprechungen allein nichts gelegen ist.

Wieder ein Bischof verhaftet

Berlin (KNA). Der Generalvikar von Gnesen, Bischof Lucianus Bernacki, ist nach Meldungen aus Polen auf einer Visitationsreise von der polnischen Sicherheitspolizei verhaftet worden. Er war bereits vor der Verhaftung des Erzbischofs Kardinal Wyschinski im vergangenen Monat drei Tage lang eingehend verhört, dann aber wieder freigelassen worden.

Verteidigungsring schließt sich

Washington (AP). Nach zweimonatigen Verhandlungen ist zwischen Griechenland und den USA ein Abkommen über die Benutzung griechischer Luft- und Marinestützpunkte durch amerikanische Streitkräfte geschlossen worden. Das Abkommen gilt ebenso wie der Atlantikpakt bis 1969.

Wie verlautet, sieht der Vertrag neben der Mitbenutzung der Stützpunkte durch die Streitkräfte der USA und der anderen NATO-Mächte auch die Stationierung amerikanischer Truppen in Griechenland vor. Ähnliche Abkommen haben die USA bereits mit Dänemark, Portugal und Spanien geschlossen.

„Neuer Kurs“ auf Kosten der Zone

Potemkins Fassade in Ostberlin - Betrug mit ‚Schaufenster des Sozialismus‘

Drei Wochen hat die Ostberliner SED über einem Programm gebrütet, mit dem sie dann am vergangenen Sonntag an die Öffentlichkeit getreten ist. Unter dem Motto: „Unser Berlin voran im neuen Kurs!“ brachte die Ostpresse die „Vorschläge der Bezirksleitung Großberlin der SED zur Durchführung des neuen Kurses im demokratischen Sektor“. In acht Punkten wird den Ostberlinern das versprochen, was die SED in acht Jahren nicht zuwege gebracht hat: ein Leben ohne Mangel und ohne Not, in freundlichen Wohnungen, mit guten Kleidern und gefülltem Speiseschrank. Ein Programm, das aufhören ließe, wäre es nicht der erbärmlichste Betrug, den sich die SED seit 1945 in Ostberlin geleistet hat. Sie tritt mit diesem Programm zu einem Zeitpunkt auf den Plan, wo man in der Zone das Schlagwort vom „Neuen Kurs“ erheblich kleiner zu drucken beginnt. Warum?

1952, nach dem III. Parteitag der SED, gab Ulbricht die Parole aus: „Durch den Aufbau des Sozialismus müssen wir der Bevölkerung Westdeutschlands ein derart imposantes Beispiel geben, daß sie sich von selbst zu unserer Politik bekennen wird. Am Wohlstand der aufblühenden DDR soll der westdeutsche Arbeiter erkennen, auf welche Seite er sich künftig zu stellen hat!“ Es hat kein Jahr gebraucht, um dieser Erkenntnis den Weg zu ebnen. Am 17. Juni haben die Menschen der Zone die SED-Fassade für kurze Zeit heruntergerissen, und am 6. September haben die Bewohner der Bundesrepublik auf ihre Weise reagiert.

Ulbrichts These von der Gewinnung Westdeutschlands ist buchstäblich geplatzt. Nun muß die SED schnell ein neues Potemkinsches Dorf bauen.

Stalin hat einmal die Methodik kommunistischer Nah- und Fernziele definiert. 1952 war das Fernziel Moskaus die Eroberung Europas, während das Nahziel in der Gewinnung Westdeutschlands als Sprungbrett zu diesem Fernziel bestand. 1953, nach dem Tode Stalins, einem 17. Juni in Deutschland und brodelnder Unruhe im Satellitenblock, besteht das Fernziel vorerst nur noch in der kalten Eroberung Westdeutschlands, die nur über das Nahziel, die Gewinnung Westberlins, erreicht werden kann.

Folglich konzentrieren sich seit zwei Monaten alle kommu-

nistische Bemühungen auf Westberlin. Weil die SED hier mit Gewalt mehr als einmal Schiffbruch erlitten hat, erfand sie ein Programm, das auf Betrug gegründet ist. Das mit un erfüllbaren Versprechungen auf politische Ziele spekuliert und sich einen Pfefferling um das Wohlergehen der Ostberliner Bevölkerung schert.

„Die kultureichste Stadt“

Was will die SED? Man liest: „Berlin muß die schönste, kultureichste Stadt Deutschlands werden!“

Weiß die SED den Weg dazu? Und ob! „Wir schlagen vor, den Wettbewerb in allen Betrieben breit zu entfalten.“ Fazit: Normerhöhungen! Womit man die gleiche Logik anwendet, die zum 17. Juni führte.

Aber die SED weiß auch, was sie ihrem politischen Nahziel, Westberlin, „schuldig“ ist. Daß sich der Wohlstand in Ostberlin durch neue Normerhöhungen erreichen läßt, glaubt nicht einmal die Partei.

Also wird auf Kosten der Zone nach Ostberlin hineingepumpt, was die ausgeplünderte Zone überhaupt noch hinauszupumpen hat. Parole: Die besten Lebensmittel, Kleider und Industriewaren für die HO-Läden Ostberlins! Zieht alle Baumaterialien, Theatergruppen, Omnibusse und Konsumgüter aus den Städten der Zone ab und

macht Berlins Ostsektor zum Schaufenster für den Westen!

Bestellte Resolutionen

Ein echt kommunistisches Programm. Und kein Zweifel besteht, daß die SED es durchführen wird. Wenn die Ostberliner SED-Bezirksleitung der Bevölkerung heute ein derartiges Programm als „Vorschlag“ unterbreitet, dann sind die Durchführungsverordnungen bereits Gesetz. Und die SED wartet nur noch auf die bestellten und in diesen Tagen bereits anrollenden üblichen Resolutionen und Selbstverpflichtungen. Seht ihr, sagt dann die SED, die Zone opfert sich für Ostberlin, der Mann aus Leipzig und Schwerin hungert freiwillig, damit Ostberlin eine dekorative Fassade erhält!

Wohlstand mit Varieté

Was verspricht das SED-Programm? Erst einmal Sparmaßnahmen für Gas und Strom, neue „Wettbewerbe“ und „Aufbauschichten“ sowie einen „freiwilligen“ Einsatz zur Straßenreinigung. Als Äquivalent bietet die Partei Konzentration aller Theater, Varietés und Tanzkapellen im Ostsektor, Errichtung von Sportstätten und Grünanlagen (die sich der Bürger nach Feierabend selber bauen darf) und Durchführung von Filmfestwochen samt Modeschaulenzen und „Hausfrauenachmittagen“ des DFB. Die HO-Läden sollen nicht mehr HO-Läden Nr. 317, sondern wieder die Namen der ehemaligen Besitzer tragen: Kraminski, Teischow, Goldpfeil usw. Durch solchen Betrug will die SED die „Friedensatmosphäre“ Berlins in ihrem Sektor vortäuschen. Primitiv das Programm und primitiv die Überlegung, daß sich auch nur hundert Westberliner für Potemkinsche Dörfer interessieren!

Trotzdem wird die SED die Zone noch weiter auspowern, um ihr Nahziel in Berlin zu erreichen. Daß die Trauben dabei zu hoch hängen, merkt die SED vermutlich erst dann, wenn sie sich beim Danachgreifen die Hand verstaucht.

Pfuirufe gegen Aktivisten

Opposition in den Betrieben — Mißerfolg Pankows

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Der „Tag der Aktivisten“ in der Sowjetzone wurde zu einem großen Mißerfolg Pankows, der auch nicht dadurch überdeckt wurde, daß Zonenpräsident Pieck 42 Männern und Frauen den Titel „Held der Arbeit“ verlieh. Schon am Morgen liefen beim FDGB die ersten Meldungen über Massenproteste der Arbeiter und Streikbewegungen in passiver oder aktiver Form ein.

Aus allen volkseigenen Betrieben berichteten Funktionäre über die ablehnende Haltung des größten Teils der Belegschaften. Mindestens 70 Prozent aller Belegschaftsmitglieder beteiligten sich nicht an den Sonderschichten, und manche Versammlung zu Ehren örtlicher Aktivistenbrigaden verlief im Sande. Aus der VEB-Werft Rostock wird gemeldet, daß dort die Feierstunde für die Aktivisten vorzeitig abgebrochen werden mußte, da die Arbeiter den Ablauf der Kundgebung störten. Im Hüttenkombinat Ost in Fürstenberg an der Oder wurden die Brigaden, die ausgezeichnet werden sollten, während der Betriebsversammlung mit Pfui-Rufen empfangen. Im Sachsenwerk Niedersieditz riefen die Arbeiter während der Versammlung den Aktivisten zu, sie seien Arbeiterausbeuter.

Die Kumpel des Mansfelder Kupfererzbergbaus haben nach Informationen des Westberliner Untersuchungsausschusses freihetlicher Juristen am letzten Sonntag gestreikt. Den Anlaß dazu hat die von dem Hauptdirektor Gutjahr (SED) verfügte Wiedereinführung der sogenannten Springerschichten gebildet, durch die nur jeder siebente Sonntag arbeitsfrei ist.

22000 Schweine eingegangen

Berlin (Eigenmeldung). Die Schweinepest, die vor längerer Zeit in zahlreichen Schweine-mastbetrieben der volkseigenen Güter ausgebrochen war, greift immer weiter um sich und beginnt jetzt auch bäuerliche Privatbetriebe zu erfassen. Insgesamt sind nach den amtlichen Zählungen bisher etwa 22 000

Flucht aus dem Ostblock

Berlin (DPA). Trotz der kilometer tiefen Sperrn an den Grenzen der Ostblockstaaten gegenüber Deutschland und Österreich hat in den letzten Wochen die Zahl der durch die Sowjetzone nach Westberlin geflüchteten Ost-Ausländer beträchtlich zugenommen.

Besonders aus der Tschechoslowakei versuchten in wachsender Zahl Männer, Frauen und auch Kinder die stark bewachte Grenze in Richtung Deutschland zu passieren. Die Gesamtzahl der aus den Satellitenstaaten seit Kriegsende nach Westberlin gekommenen Frauen, Männer und Kinder wird von unterrichteter Seite mit über 4000 angegeben.

Mastschweine an der Seuche eingegangen. Die Zahl der Schweine, die durch Krankheit als sogenannte „Kümmerer“ für die Mast nicht mehr geeignet sind, ist noch größer. Der Plan für zusätzliche Erzeugung von 100 000 Tonnen Schweinefleisch, der im September 1952 aufgestellt wurde, kann durch die Ausbreitung der Schweinepest höchstens noch zu einem Drittel erfüllt werden.

Wieder schärfere Postzensur ...

Halle (Eigenmeldung). Auf Anweisung des Staatssicherheitsdienstes wurde die Postzensur in allen 14 Bezirken der Zone wieder verschärft. Nicht nur Auslandspost, sondern auch Drucksachen, Warenproben und Päckchen für Empfänger innerhalb der Zone und in Westberlin bzw. im Bundesgebiet müssen von den Zensurstellen genau kontrolliert werden.

tischer Soldaten auf deutsche Frauen ist es unter der Arbeiterschaft vieler ostzonaler Betriebe, vor allem im Bezirk Potsdam, zu lebhaften Protesten und teilweise auch zu Arbeitsniederlegungen gekommen. In den letzten Tagen sind aus Potsdam mehrere Arbeiter nach Westberlin geflüchtet, die ihre Belegschaften veranlaßt hatten, Protestresolutionen anzunehmen.

In den volkseigenen Gütern war die Seuche ausgebrochen, weil man die Schweine zu 1000 bis 2000 Stück in zwar neu gebauten, aber unhygienischen Ställen zusammenpferchte. Jetzt ist angeordnet worden, daß die aus Lehm oder Holz gebauten Stallungen, die anfangs als „fortschrittliche Neuerung“ gepriesen wurden, wieder abgebrochen werden müssen.

... und S-Bahn-Kontrollen

Berlin (DPA). Die Volkspolizei kontrolliert jetzt den Zugverkehr zwischen dem Berliner Stadtgebiet und der Sowjetzone stärker als bisher. Der neue Fahrplan des S-Bahn- und Vorortzugverkehrs auf den Grenzbahnhöfen sieht längere Aufenthalte für die Züge vor, damit die Volkspolizisten alle Reisenden überprüfen können.

Protest gegen Uebergriffe

Berlin (DPA). Wegen der zahlreichen Übergriffe sowje-

Schauprozeß gegen Wyschinski?

Warschau (KNA). Die kommunistische polnische Regierung plant, wie in Warschau bekannt wird, einen Schauprozeß gegen den Primas von Polen, Kardinal Wyschinski. Eine verstärkte Pressekampagne soll den Prozeß vorbereiten.

Vatikanstadt (AP/DPA). Papst Pius hat „schmerzlichsten und feierlichsten Protest“ gegen die Einkerkung des polnischen

Kardinals Wyschinski erhoben. Das Vorgehen der polnischen Behörden gegen den Kardinal wird in einer Botschaft des Papstes als eine „Verletzung der heiligsten Rechte der katholischen Kirche“ verurteilt. Es gebe heute kein Gebiet mehr, so heißt es in der Botschaft weiter, das vor der offenen oder versteckten Propaganda des gottlosen Kommunismus geschützt sei.

Neuer Trick statt Neuer Kurs

Nur flüstern . . .



„Für ein Schaufenster wird es doch wenigstens noch reichen, Otto!“

Neuer Wind

Ein alter Herr geht über den Alexanderplatz. Er findet sich nicht ganz zurecht in Berlin und fragt deshalb den nächsten Volkspolizisten: „Entschuldigen Sie bitte, bin ich hier im Ostsektor?“

„Mann!“ donnert der Volkspolizist. „Haben Sie das denn noch nicht begriffen? Das heißt doch nicht Ostsektor, sondern demokratischer Sektor!“

„Entschuldigen Sie“, will sich der alte Herr verteidigen, „ich weiß das nicht so genau, ich komme doch aus der Ostzone!“

Schreit der Vopo noch wütender: „Ostzone? Das ist die Deutsche Demokratische Republik!“

Der alte Herr stellt sich an die nächste Straßenbahnhaltestelle, um auf gut Glück loszufahren. Der Herbstwind pfeift nur so um die Ecken. Sagt ein Herr neben ihm: „Verdammt kalt, nicht?“

Lächelt der alte Herr zurück: „Ja, es weht ein verdammt scharfer demokratischer Wind hier!“

Geheime Information

Vopo-Kommissar Müller II kann es doch nicht lassen. Heimlich erzählt er seinem Freund, der ihn besucht: „Demnächst geht unsere Einheit ins Manöver!“

Fragt der Freund: „So, wann rückt ihr denn da aus?“

Sieht Müller ihn erstaunt an: „Woher weißt du denn das? Natürlich können wir erst ausdrücken, wenn wir mal 'ne Fahrkarte nach Westberlin erwischen!“

„Knolle ist besser als Molle“

„Freiwilliger Einsatz bei der Bergung der Hackfrüchtereinte“ — das hört sich nach was an, das klingt heroisch und nach Aufbau, wenn die SED-Presse es in fetten Buchstaben druckt. Daß die Kartoffeln einmal wieder in der Erde steckenbleiben und man auch dieses Jahr mit der Ernte nicht fertig wird, weil die Bauern geflohen sind, wird schamhaft verschwiegen.

Und anderes auch noch. „Die Knollen müssen raus. ‚BZ am Abend‘ und ihre Leser machen mit“, trompetete z. B. das kommunistische Abendblättchen am 12. Oktober in einer Großreportage. Zum „Volksgut“ Blankenfelde war man gefahren. Mit Sonderomnibus, Mundharmonika und Akkordeon. Hat man Töne — der Chefredakteur buddelte mit und „fand dabei noch Zeit,

dem Volkskorrespondenten-Nachwuchs aus der Leserschar Referate zu halten.

Sehr unterhaltend sicher. Aber zu erwähnen vergaß die „BZ am Abend“ z. B., daß die „Leserschar“ wirklich sehr klein war und traurige Rückschlüsse auf die Auflage des Blättchens zuließ. Eigentlich bestand sie nur aus den bedauernswerten Verwandten und Bekannten des Redaktionskollektivs und wurde auch dadurch nicht größer, daß der DEFA-Augenzeuge sie von allen Seiten filmte.

Hinterher gab's Erbsensuppe mit Speck und ganze „sieben Gramm Bohnenkaffee pro Tasse“. Und einen mühsam aufgegabelten Westberliner SED-Mann, der über „Ost und West in einer Furche“ fasselte. Im „Wettbewerb

um die ulkigste Knolle“ gewann ein Schneidermeister — eine Flasche Weinbrand. Und die anderen „Helfer“ bekannnten sich auch bald zum Alkohol; worauf aus der Devise „Knolle ist besser als Molle“ sehr schnell das Gegenteil wurde. Zwei Redaktionsvolontäre gerieten sich wegen einer linientreuen Dame in die Haare. Schließlich sang man ein selbstgedichtetes Lied: „Oh, wie ist das schön, wenn wir in die Knollen gehn!“

Auf der Heimfahrt konnte sich dann jeder ausrechnen, in welchem Mißverhältnis die Kosten und das Kartoffelergebnis der „freiwilligen Aktion“ standen. Man hätte für das Geld leicht ein Dutzend Landarbeiter einsetzen können. Aber das wäre natürlich nicht heroisch genug gewesen.

Lebensstandard - an Motorrädern gemessen

Roller und „Moped“ bevorzugt — Ausstellung in Frankfurt

Die zweite „Internationale Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung“ ist auf dem Frankfurter Messegelände festlich eröffnet worden. Mehr als 470 Aussteller, davon 83 aus dem Ausland, zeigen eindrucksvolle Neuerungen der Zweiradindustrie.

In der Eröffnungssitzung betonte der Vorsitzende des Verbandes der Fahrrad- und Motorrad-Industrie, Fritz Wenk, daß in der Bundesrepublik 2-Millionen Motorräder zugelassen sind. Darüber hinaus beginne sich nun auch „der letzte Westdeutsche“ zu motorisieren. 300 000 Fahrrad-Hilfsmotoren konnten bisher in diesem Jahr ausgeliefert werden. 75 Prozent aller Motorradbesitzer benutzen ihr Fahrzeug von und zur Arbeitsstelle.

Bei einem ersten Rundgang durch die vielfältige Ausstellung konnte man sich von dem zum Teil überraschenden Neukonstruktionen überzeugen. Die Tendenz zum Motorroller und zum „Moped“, dem neuen Namen für den Fahrrad-Hilfsmotor, wird durch die Fülle der angebotenen Modelle deutlich.

Die steigende Beliebtheit des

Motorrollers beweisen die folgenden Zahlen: 1950 wurden in Deutschland 9100 Motorroller gefertigt, 1952 waren es 39 401, und im ersten Halbjahr 1953 stieg die Produktion schon auf 32 500 Stück.

Hoffnung der Blinden?

Französischer Ingenieur erfand das „elektrische Auge“

Wenn die Erfindung des französischen Ingenieurs Saudemont aus Saint-Quentin sich in der Praxis bewähren sollte — sie würde eine Sensation auf medizinischem Gebiet darstellen. Dem Los der Blinden würde damit seine Härte genommen werden.

Das Gerät sieht im Prinzip ganz einfach aus: der Blinde trägt um den Hals ein verstellbares Objektiv, das zwei Arten von Bildern, die nahen und die entfernten, aufnimmt. Diese Bilder werden über ein etwa 50 cm langes Kabel zu einem Empfänger geleitet, der unmittelbar auf der Brust des Blinden befestigt ist.

Der Empfänger ist elektro-sensibel, d. h. das Bild wird auf

Von den in der Bundesrepublik zugelassenen Rollern werden 20 Prozent von Arbeitern, rund 25 Prozent von Angestellten und 50 Prozent von Angehörigen der verschiedenen Berufsschichten der Arbeitnehmer-schaft gefahren. Der Motorroller wird also mehr und mehr zu einem Gebrauchsfahrzeug des Mittelstandes.

den Teil der Haut projiziert, der sich unter dem Empfänger befindet. Das Bild zeichnet sich dort durch eine Berührungsempfindung ab, so daß der Blinde auf der Haut die Umrisse des Bildes „empfindet“.

Der Erfinder des Geräts versichert, daß der Blinde von nun an auf diese Weise jeden Druckbuchstaben, auch den kleinsten, „lesen“ kann und nicht mehr auf die Blindenschrift angewiesen ist.

F-86 schneller als MIG-15

Die sowjetische MIG-15-Jagdmaschine, die ein nordkoreanischer Pilot vor einem Monat

Bodenseewasser für Stuttgart

„Pipeline“ durch den Schwarzwald — Ein Millionenprojekt

In Stuttgart wird bald aus den Wasserhähnen der Bodensee fließen. Nach den Plänen der in einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen schwäbischen Städte und Ortschaften soll nämlich eine große Trinkwasser-Pipeline vom Bodensee durch den Schwarzwald nach Stuttgart gelegt werden, um den Wassermangel im württembergisch-südbadischen Raum zu beheben.

Es ist vorgesehen, von den rund 45 500 Millionen Kubikmeter Bodenseewasser etwa dreißig Millionen Kubikmeter jährlich abzusaugen. Das entspricht ungefähr der Menge, die täglich in den Rhein abfließt. Das Wasser wird aus 60 Meter Tiefe bei Sipplingen am Nordufer des westlichen Ausläufers des Bodensees, des Überlinger Sees, entnommen. In dieser Tiefe ist das Wasser nahezu keimfrei. Drei Kreiselpumpen

sollen pro Stunde 7000 Kubikmeter Wasser in einen Scheitelbehälter bei Emmingen füllen, der Ausgangspunkt der rund 150 Kilometer langen Fernleitung ist. Durch verschiedene Abzweigungen soll der gesamte südwestdeutsche Raum bis nach Heilbronn, Öhringen und Neckarsulm mit Bodenseewasser versorgt werden.

Die Kosten der Hauptleitung Bodensee—Stuttgart werden auf 150 Millionen DM veranschlagt. Man rechnet mit einer Bauzeit von vier Jahren.

Neue Bibel-Fassung

Eine neue Fassung von Luthers Übersetzung des Neuen Testaments wird zur Zeit von der Württembergischen Bibelanstalt in Stuttgart vorbereitet. Die neue Ausgabe soll zahlreiche Wünsche, vor allem auch der Jugend, erfüllen.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

nach Südkorea flog, ist langsamer als die amerikanische F-86, wie sich bei Versuchen über Okinawa herausstellte. Die erbeutete MIG-15 wurde Ende 1951 gebaut.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.